

Deutsche Wirtschaft vor Schwächephase, Philips streicht weitere 6000 Stellen, „Lockdown“ des Öffentlichen Dienstes

Deutsche Wirtschaft vor Schwächephase

Nach Einschätzungen prominenter Ökonomen steht der deutschen Wirtschaft eine jahrelange Phase schwachen Wachstums bevor. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, das Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW), das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen und das Ifo-Institut in München gehen übereinstimmend davon aus, dass die jährlichen Wachstumsraten mittelfristig unter einem Prozent liegen werden – und damit sehr viel niedriger als im Schnitt der vergangenen dreißig Jahre. Laut IfW Kiel wuchs die deutsche Wirtschaft in den vergangenen dreißig Jahren im Mittel um jährlich 1,4 Prozent. Laut mittelfristiger Projektion des IfW dürfte das bis 2027 auf unter 0,7 Prozent zurückgehen. Mehr dazu [hier](#). ([Manager Magazin](#))

Philips streicht weitere 6000 Stellen

In den kommenden Jahren will der angeschlagene Medizintechnikhersteller Philips durch einen weiteren massiven Stellenabbau in den kommenden Jahren die Profitabilität kräftig erhöhen. Zusätzlich zu dem bereits im Oktober angekündigten Abbau von rund 4000 Stellen sollen 6000 weitere gestrichen werden, wie der Konzern mit Sitz in den Niederlanden mitteilte. Stand Ende September 2022 beschäftigte Philips etwa mehr als 79.000 Mitarbeiter. Mit dem Sparkurs soll die zuletzt niedrige operative Rendite wieder in den

zweistelligen Bereich getrieben werden. Philips hatte im vergangenen Jahr milliardenschwere Kosten im Zusammenhang mit dem Rückruf von Beatmungsgeräten. Daraufhin wechselte der Konzern seinen langjährigen Chef aus. ([Spiegel Online](#))

„Lockdown“ des Öffentlichen Dienstes

Im Tarifstreit des Öffentlichen Dienst droht der Deutsche Beamtenbund (DBB) mit einem „Lockdown“ durch flächendeckende Streiks. Er rechne in den kommenden Wochen mit einer besonders harten Auseinandersetzung bis hin zu Flächen-Streiks, sagte der DBB-Vorsitzende Ulrich Silberbach der „Augsburger Allgemeinen“. Damit sei unter anderem gemeint, dass „Straßenbahnen stehen bleiben, Kitas zu sind und der Müll liegen bleibt.“, so Silberbach. Er forderte Bundeskanzler Olaf Scholz zu einem Machtwort für die Finanzierung eines angemessenen Abschlusses auf. Auch die Länder müssten mehr Bundesmittel an die Kommunen weitergeben. Der Beamtenbund rief außerdem Bund, Ländern und Kommunen auf, entschiedener gegen den Personalmangel im Öffentlichen Dienst vorzugehen. Die erste Runde der Tarifverhandlungen für rund 2,4 Millionen Angestellte von Bund und Kommunen waren am Dienstag (24.01.2023) in Potsdam ergebnislos vertagt worden, nachdem die Arbeitgeberseite kein eigenes Angebot vorgelegt hatte. Die zweite Tarifrunde findet am 22. und 23. Februar in Potsdam statt. ([Der Tagesspiegel](#))